



Gesundheitswesen bleibt zivil: Nein zur Militarisierung der Medizin!

Die Bundesregierung will unser Land „kriegstüchtig“ machen und rüstet die Bundeswehr mit hunderten Milliarden auf. Auch die Krankenhäuser sollen sich auf einen Krieg vorbereiten.

Im NATO-Bündnisfall wäre Deutschland sowohl Aufmarschgebiet für NATO-Truppen als auch Drehscheibe für verletzte Soldat*innen und Zivilist*innen. Die erwarteten Patientenzahlen übersteigen alles, was wir von Katastrophen oder aus Pandemiezeiten kennen. Die Bundeswehr rechnet mit bis zu 1.000 verletzten NATO-Soldat*innen täglich, über Jahre hinweg. Zusätzlich wird eine Flüchtlingswelle von verletzten Zivilist*innen erwartet. Solche Prognosen stehen etwa im „Operationsplan Deutschland“. Er legt die zivilen Unterstützungsleistungen für das Militär im „Verteidigungsfall“ fest. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen auf die Erfordernisse der Kriegsführung ausgerichtet werden.

Was bedeuten diese Planungen für das Gesundheitswesen? Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser haben insgesamt 1.800 Betten



Foto: © Cunaplus_M.Faba / iStock

– eine Kapazität, die in zwei Tagen erschöpft wäre. Das zivile Gesundheitssystem müsste einen erheblichen Teil seiner Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Dabei fehlt medizinisches Personal schon jetzt.

Hinzu kommt: Ein Rollenkonflikt ist unvermeidlich, wenn medizinisches Personal in militärische Strukturen eingebunden wird. In Kriegszeiten geraten medizinische Ethik und militärische Logik in Konflikt – und das Militärische hat den Vorrang. Triage unter militärischen Gesichtspunkten fragt nicht, wer am dringendsten medizinische

Hilfe braucht, wie im Fall von Naturkatastrophen oder Pandemien. Stattdessen geht es im Kriegsfall darum, vor allem leicht verwundete Soldat*innen möglichst schnell wieder einsatzfähig zu machen. Die Zivilbevölkerung soll sich „verstärkt selbst helfen“. Um diese Abkehr von medizinischer Ethik abzusichern, wird ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorbereitet, das die Weichen für eine kriegsmedizinische Infrastruktur stellt.

Atomkriegsgefahr wird verschleiert

Besonders dramatisch werden die Folgen, wenn wir das Risiko einer atomaren Eskala-

lation einbeziehen. Atomwaffen sind zwar Teil vieler Militärstrategien, doch die Bedrohung der Zivilbevölkerung wird mit Begriffen wie CBRN – „chemische, biologische, radiologische, nukleare Gefahren“ verschleiert.

Nach der Explosion einer Atombombe kann schon allein die Zahl der Verbrennungspatient*innen nicht versorgt werden, wie die Erfahrungen von Hiroshima zeigten. Damals erlitten durch eine für heutige Verhältnisse „kleine“ Atombombe 60.000 Menschen schwerste Verbrennungen. Die Behandlung der Strahlenfolgen käme noch hinzu. Kein Gesundheitssystem der Welt könnte ein solches Szenario bewältigen. Die Einsicht: „Wir werden Euch nicht helfen können“,

war deshalb in den 1980er Jahren der Gründungsimpuls der IPPNW.

1981 plante schon einmal eine Bundesregierung ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz“, das nach massiven Protesten aus der Ärzte-

schaft zurückgezogen wurde. Mit der Frankfurter Erklärung verweigerten sich Ärzt*innen damals der Kriegsmedizin. Heute rufen wir Angehörige von Gesundheitsberufen auf, die „Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen“ zu unterzeichnen.

Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen

„Die Prävention von Kriegen, ob konventionell oder nuklear, ist die beste Medizin. Ich halte alle Maßnahmen und Vorkehrungen für gefährlich, die auf das Verhalten im Kriegsfall vorbereiten sollen. Nur kriegspräventive Maßnahmen kann ich vertreten. Ich lehne deshalb als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv be-

teiligen. Ich lehne weiterhin jede Maßnahme ab, die einer Kriegsmedizin den Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt. Das ändert nichts an meiner Verpflichtung und Bereitschaft, in allen Notfällen medizinischer Art meine Hilfe zur Verfügung zu stellen und auch weiterhin meine Kenntnisse in der Notfallmedizin zu verbessern.“ [...]

Link zur Online-Petition:
ippnw.de/bit/militarisierung

Gesundheitswesen für den Frieden!

In der IPPNW engagieren sich Ärztinnen, Ärzte, Medizinstudierende und Menschen, die im Gesundheitswesen tätig sind, für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Frieden ist unser zentrales Anliegen. Wir setzen uns ein für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen. Dabei leiten uns unser Berufsethos und unser Verständnis von Medizin als einer sozialen Wissenschaft. **Werden Sie Mitglied der IPPNW und engagieren sich als Friedensstifter*in. Oder unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende.**



Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V., kontakt@ippnw.de | www.ippnw.de

Spenden: IPPNW, DE23 4306 0967 1159 3251 01 | ippnw.de/bit/spenden-mil